

WAHLPRÜFSTEINE des LSVD Bayern e.V.

LANDTAGSWAHL 2023

BAYERISCHEN AKTIONSPLAN ERARBEITEN UND UMSETZEN

WERDEN SIE DAFÜR SORGEN, DASS IN DER NÄCHSTEN LEGISLATURPERIODE, AUF BASIS EINES ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ENTWURFS, EIN UMFANGREICHER RESSORTÜBERGREIFENDER AKTIONSPLAN BESCHLOSSEN, MIT DER ZIVILGESELLSCHAFT UMGESETZT UND AUSREICHEND SOWIE LANGFRISTIG FINANZIELL IM LANDESHAUSHALT UNTERSETZT WIRD?

Antwort DIE LINKE. Bayern: Wir wollen einen Aktionsplan gegen Homophobie und Transphobie, der in Zusammenarbeit mit der queeren Zivilgesellschaft erarbeitet wird.

Ein Solcher Aktionsplan muss u.a. Wissensvermittlung zu queeren Themen beinhalten, konsequente Erfassung von queerfeindlicher Gewalt als solche und die Schaffung von queeren Einrichtungen und Unterstützungsstrukturen auch in den ländlichen Raum hinein. Diese Maßnahmen müssen aus öffentlichen Geldern ausfinanziert sein und können nicht nur auf dem Rücken von Ehrenamtlichen getragen werden.

DIE LINKE im Münchner Stadtrat hat bereits im Mai letzten Jahres einen Aktionsplan für die LHSt München gefordert: [„Queeres München“ – Einen Aktionsplan für die Landeshauptstadt!: DIE LINKE. im Stadtrat München \(dielinke-muenchen-stadtrat.de\)](https://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de)

Wir haben u. a. in Erlangen durchgesetzt, dass ein queerer Schutz- und Begegnungsraum geschaffen wird.

DISKRIMINIERUNG UND QUEERFEINDLICHKEIT ENTGEGENWIRKEN

WIE WOLLEN SIE QUEERFEINDLICHER GEWALT EFFEKTIVER ENTGEGENWIRKEN UND WERDEN SIE SICH DAFÜR EINSETZEN, DASS BAYERN EIN LANDESANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ BEKOMMT, SOWIE DIE VERFASSUNG UM DEN ARTIKEL 118B ERWEITERT WIRD, DER DISKRIMINIERUNG AUFGRUND DER SEXUELLEN/GESCHLECHTLICHEN IDENTITÄT UNTERSAGT?

Antwort DIE LINKE. Bayern: Als LINKE stellen wir uns gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Wir wollen die konsequente Erfassung von queerfeindlicher Gewalt als solche.

Die Erweiterung der Verfassung um den Art. 118b halten wir für sinnvoll und setzen uns dafür ein. Zudem braucht es sowohl ein Monitoring queerfeindlicher Gewalt, Präventionsmaßnahmen und vor allem auch psychosoziale Begleitung für von Diskriminierung und queerfeindlicher Betroffene. In einem Landesantidiskriminierungsgesetz müssen gezielte Stärkung der präventiven und diversitybezogenen Ansätze auch für LGBTIQ*+ geregelt sein.

REGENBOGENFAMILIEN STÄRKEN UND FAMILIENVIELFALT FÖRDERN

WELCHE SCHRITTE PLANEN SIE, UM DAFÜR ZU SORGEN, DASS DIE ASSISTIERTE REPRODUKTION UND WEITERE LEISTUNGEN DER FORTPFLANZUNGSMEDIZIN ALLEN MENSCHEN UNABHÄNGIG VON FAMILIENSTAND, SEXUELLER ORIENTIERUNG ODER GESCHLECHTLICHER IDENTITÄT OFFENSTEHEN?

Antwort DIE LINKE. Bayern: Es braucht die Förderung von Kinderwunschbehandlungen für alle Paare.

Der Freistaat bietet über sein Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) einen Zuschuss zu Kinderwunschbehandlungen für Paare an. Bei diesem wurden nicht-cis-hetero Paare als „grundsätzlich nicht förderungsfähig“ abgelehnt. Grund für diese Förderrichtlinien sind dabei keine bundespolitischen Vorgaben, sondern sind selbst so gewählt um auszuschließen. Diese Art der staatlichen Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und sexueller Orientierung ist so nicht haltbar und muss enden. Keinem Paar dürfen deswegen höhere Kosten zugemutet werden und Kinder so zum Luxus werden, den man sich leisten können muss. Leihmutterchaft wird von uns nicht unterstützt.

VIELFALT UND RESPEKT IN SCHULE UND BILDUNG FÖRDERN

WIE WOLLEN SIE EINE VERPFLICHTENDE QUALIFIZIERUNG PÄDAGOGISCHER FACHKRÄFTE IM BEREICH SEXUELLER UND GESCHLECHTLICHER VIELFALT UND EINEN AUSBAU QUEERER BILDUNGSARBEIT IN DER SCHUL- UND ERWACHSENENBILDUNG SICHERSTELLEN, BEISPIELSWEISE IN FORM EINER LANDESKOORDINIERUNGSSTELLE?

Antwort DIE LINKE. Bayern: • Es braucht eine Reform der Amtlichen Schulverwaltungssoftware (ASV), um geschlechtliche Vielfalt abzubilden. Wir fordern eine Landeskoordinierungsstelle zur Umsetzung eines Queeren Aktionsplans, der auch ausführliche Maßnahmen zur Förderung von Vielfalt in Schulen und im Bildungsbereich beinhaltet.

Die in Bayern verpflichtende amtliche Schulverwaltungssoftware (ASV) kennt nur die Geschlechter männlich und weiblich. Schüler*innen mit dem Eintrag divers oder ohne Eintrag können so nicht adäquat erfasst werden. Das ist insbesondere bei der Erstellung der Klassenlisten und Listen zum Schulsport via der Software problematisch. Außerdem kann kein vom Passnamen abweichender Eintrag gesetzt werden; es hängt also bis zu gerichtlichen Maßnahmen von der Empathie der Lehrkräfte ab ob der gewählte Name oder der Deadname verwendet wird. Wir fordern hier Nachbesserung der Software und Berücksichtigung der Selbstbezeichnung der Schüler*innen.

Die Vielfalt der Lebensweisen muss zwingend in allen Fächern verankert werden. Hierfür bedarf es eines Sets von Maßnahmen. Erweiterung der Rahmenrichtlinien, Sensibilisierung der Lehrkräfte, Projekttag zur Vertiefung, nicht-heteronormative Schulbücher und vor allem eine Verankerung des Themas Vielfalt in der Aus- und Weiterbildung. Die Vielfalt aller Lebensweisen sollte in allen Bereichen/Fächern ein verpflichtendes Thema in der Ausbildung sein. Dabei geht es darum, die Lehrkräfte auf die schlimmen Folgen von Diskriminierungen im späteren Lebensverlauf der Kinder und Jugendlichen aufmerksam zu machen. Weiterbildungsangebote in Kooperation mit Projekten der LSBTIQ*-Community sind vom Land zu unterstützen und zu fördern.

QUEERE GEFLÜCHTETE SCHÜTZEN

WIE WOLLEN SIE LSBTIQ*-GEFLÜCHTETE IN GANZ BAYERN VOR HASSGEWALT UND ANFEINDUNGEN IN UND UM UNTERKÜNFTE SCHÜTZEN UND BEFÜRWORDEN SIE EINEN AUSBAU LSBTIQ*-SPEZIFISCHER LANDESUBTERKÜNFTE SOWIE EINE ÜBERARBEITUNG DES LANDESGEWALTSCHUTZKONZEPTS?

Antwort DIE LINKE. Bayern: Wir fordern Safespaces für queere Menschen, speziell sichere Unterbringung für queere Geflüchtete.

Zum Schutz vor Gewalt brauchen queere Menschen eigene Safespaces, ähnlich zu Frauenhäusern. Letztere sind meist schon überlastet und können daher keine weiteren Bedarfe auffangen. Zudem ist die Aufnahme von trans Frauen, nonbinären und intergeschlechtlichen Menschen häufig eine Grauzone für Frauenhäuser, die dann im Bedarfsfall zum Abweisungsgrund werden kann. Besonders kritisch ist die Lage von queeren Menschen in Ankerzentren. Diese können dort nicht ausreichend vor sexuellen und gewalttätigen Übergriffen geschützt werden. Wir lehnen Ankerzentren ab, und ebenso die Internierung an den EU-Außengrenzen (GEAS) ab. Wir fordern die dezentrale Unterbringung und die Bereitstellung von entsprechenden Anlaufstellen.

UNTERSTÜTZUNGS- UND BERATUNGSANGEBOTE AUSBAUEN

WIE WOLLEN SIE DAFÜR SORGEN, DASS LSBTIQ* FLÄCHENDECKEND BEDARFSGERECHTE UNTERSTÜTZUNGS- UND BERATUNGSANGEBOTE ERHALTEN, DIESE FINANZIELL BESSER AUSGESTATTET UND INSBESONDERE TRANS*, INTERGESCHLECHTLICHE UND NICHT-BINÄRE JUGENDLICHE IM AUFWACHSEN GESTÄRKT WERDEN?

Antwort DIE LINKE. Bayern: Junge Menschen sollten früh in ihrer Persönlichkeitsfindung unterstützt werden.

Hierzu bedarf es eines gesellschaftlichen Klimas der Akzeptanz der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt. Insbesondere die Regenbogenkompetenz an Schulen ist hier ein wichtiger Baustein, aber ebenso die Stärkung von Strukturen des Empowerments für LSBTIQ* und ihr Umfeld. Hier sollte Bayern verstärkt die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt fördern indem es endlich ausreichend LSBTIQ*-Strukturen fördert, die gerade junge Menschen ansprechen. Bildungs- und Freizeiteinrichtung sind wichtig für heranwachsende Menschen. Gerade deshalb ist es von Bedeutung, dass es hier nicht zu Diskriminierungen kommt. Das Land Bayern sollte die Träger dieser Einrichtungen für die Belange von LSBTIQ* sensibilisieren und Weiter- und Fortbildungsangebote für die Mitarbeiter in diesen Einrichtungen für einen diskriminierungsfreien Umgang mit trans- und intergeschlechtlichen Menschen fördern, bzw. diese anbieten. Des Weiteren sind Leuchtturmprojekte sinnvoll, also die Förderung von Angeboten und Einrichtungen speziell für junge LSBTIQ*, so wie es diese schon für Lesben und Schwule in einigen Städten gibt.

VIELFALT IN MEDIEN VORANBRINGEN UND LSBTIQ* BETEILIGEN

WERDEN SIE SICH DAFÜR EINSETZEN, DASS ES IN DER BAYERISCHEN LANDESZENTRALE FÜR NEUE MEDIEN (BLM) SOWIE IM RUNDFUNKRAT DES BAYERISCHEN RUNDFUNKS (BR) IN DER NEUEN LEGISLATURPERIODE JEWEILS EINE LSBTIQ* SELBSTVERTRETUNG GIBT?

Antwort DIE LINKE. Bayern:

Da LGBTIQ*-Menschen zur Vielfalt des gesellschaftlichen Lebens in Bayern gehören, sollten sie auch einen Sitz im Rundfunkrat und im BLM erhalten.

DIVERSITÄTSGERECHTE GESUNDHEITSVERSORGUNG SICHERSTELLEN

WELCHE MASSNAHMEN WOLLEN SIE ERGREIFEN, UM DIE KÖRPERMEDIZINISCHE, PSYCHOTHERAPEUTISCHE UND PSYCHIATRISCHE VERSORGUNG FÜR LSBTIQ* IN BAYERN ZU VERBESSERN, VERSORGUNGSLÜCKEN ZU SCHLIESSEN, GESUNDHEITSPERSONAL ZU SENSIBILISIEREN, SOWIE ZUGANGSBARRIEREN UND DISKRIMINIERUNG ABZUBAUEN?

Antwort DIE LINKE. Bayern: Alle Menschen sollten gleichermaßen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben!

Die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität verletzt die Menschenwürde. Schon jetzt sind also Ärztekammern und die Landesbehörden aufgefordert, im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion gegen diskriminierende Behandlung durch Ärztinnen und Ärzte vorzugehen. Die Politik hat zwar keinen direkten Einfluss auf die Leistungserbringung und auch nicht auf die Berufsordnungen der Ärztekammern. Doch die kommende Landesregierung sollte auf die Landesärztekammer zugehen damit diese wiederum sich innerhalb der Bundesärztekammer stark macht und auf die Aufnahme eines entsprechenden konkretisierenden Passus' in die Musterberufsordnung hinwirkt, der dann natürlich auch andere Gruppen betreffen kann. Entscheidend bleibt jedoch die Durchsetzung und da sehen wir teils erhebliche Defizite innerhalb der ärztlichen Selbstverwaltung.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass dort, wo es in den Bereich der Landeskompetenzen fällt, ein kultursensibler Umgang mit LSBTIQ* in der Aus- und Weiterbildung von Arbeitenden in Pflege und Gesundheit festgeschrieben wird. Alle notwendigen Maßnahmen zur optimalen Versorgung von LSBTIQ* Menschen im körpermedizinischen, psychotherapeutischen wie auch im psychiatrischen Bereich müssen u.a. im queeren Aktionsplan beschrieben werden und finanziell hinterlegt sein.

DIE LINKE Landesverband Bayern
Wolfgang Schulz, queerpolitischer Sprecher
Äußere Cramer-Klett-Straße 11-13
90489 Nürnberg